

Hamburger Reformgegner als Vorbild

Der parteilose Kreistagsabgeordnete Hinrich Rohbohm will die Integrierte Gesamtschule durch eine Bürgerbefragung stoppen

LANDKREIS. Es wäre ein letzter Versuch der Gegner der Integrierten Gesamtschule, den Ausbau Schulform im Landkreis Stade noch zu stoppen. Der partei- und fraktionslose Kreistagsabgeordnete Hinrich Rohbohm erwägt ein Verfahren direkter Demokratie, um die Gründung weiterer Integrierter Gesamtschulen zu verhindern. „In Hamburg hat das funktioniert“, sagt Rohbohm.

Ist ein Bürgerbegehren gegen eine bestimmte Schulform nur die Idee eines im Kreistag isolierten Einzelabgeordneten und damit chancenlos oder ein realistischer Plan? Rohbohm hatte die CDU verlassen, als seine Mitarbeit bei der umstrittenen, rechtslastigen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ bekannt wurde. Außerdem hatte er das Verhältnis zu seinen ehemaligen Parteifreunden durch markige Sprüche über die CDU-Parteichefin und Bundeskanzlerin Angela Merkel zerrüttet. Rohbohms politische Zukunft sieht er in einer neu zu gründenden konservativen Partei, die bei der nächsten Kommunalwahl antre-

ten soll. Die niedersächsische Landkreisordnung sieht zwei Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung an Entscheidungen

auf Kreisebene außerhalb der turnusgemäßen Wahlen vor. Der Einwohnerantrag: Damit wird der Kreistag aufgefordert, in einer be-

stimmten Angelegenheit zu beraten. Bei einem Bürgerbegehren kann beantragt werden, dass die Kreiseinwohner über eine Ange-

legenheit des Landkreises entscheiden. Für beide Instrumente der direkten Demokratie gibt es hohe Anforderungen. Rohbohm will in den nächsten Tagen die Möglichkeiten für seine Idee prüfen lassen. Er geht davon aus, dass die bestehende Stader IGS nicht von einer Befragung betroffen wäre. Er hofft aber, die geplante IGS in Buxtehude und die diskutierte IGS in Fredenbeck verhindern zu können.

In Hamburg scheiterten die Schulreformbemühungen des schwarz-grünen Senats an einem Volksbegehren. Im Schulausschuss des Stader Kreistags war Rohbohm der einzige Abgeordnete, der seine Ablehnung der IGS offen aussprach. „Die CDU hat sich offensichtlich vom dreigliedrigen Schulsystem verabschiedet“, sagt Rohbohm. Der Kreis-Schulausschuss hatte die von der Samtgemeinde Fredenbeck erbetene Befragung der Eltern zur Gründung einer IGS in Fredenbeck mit dem Hinweis auf laufende Diskussionen im Kultusministerium vertagt. (kw)

DREI FRAGEN AN



KAI SEEFRIED, CDU-LANDTAGSABGEORDNETER AUS DROCHTERSEN

Eine IGS in Fredenbeck wäre schwer genehmigungsfähig

Die IGS-Befürworter erhoffen sich von der Arbeitsgruppe des Kultusministeriums ein Abrücken von der Fünfzügigkeit als Mindestgrenze für eine IGS. Ist das realistisch?

Derzeit ist in diesem Bereich noch alles offen. Es kann und wird in der Schulstruktur nicht die eine Lösung für das ganze Land Niedersachsen geben, dafür sind die Voraussetzungen zu unterschiedlich. Vor allem die Entwicklung der Schülerzahlen muss berücksichtigt werden.

Die Schulzentren in den ländlichen Kommunen leiden stark unter dem Rückgang der Schülerzahlen. Wie

kann die Landesregierung helfen, wenn sie nicht flächendeckend Gesamtschulen zulassen will?

Das Ziel muss es sein, auch zukünftig Schule möglichst wohnortnah anzubieten. Gerade Integrierte Gesamtschulen in der heutigen Form sind hier nach meiner Auffassung der falsche Weg. Um Qualität zu gewährleisten, muss diese Schule eine gewisse Größe haben. Sie benötigt dafür auf Dauer Schüler aus der Umgebung und gefährdet damit andere Schulen. Bereits heute gibt es viele Möglichkeiten, für die Zukunft vorzusorgen. Erst im letzten Jahr haben wir die Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen mit gemeinsamem Unterricht ermög-

licht. Diese Schulform ist bereits heute eine Alternative.

Die Entscheidung über eine Elternbefragung für eine IGS Fredenbeck wurde vertagt. Verliert Fredenbeck damit wertvolle Zeit?

Die Sorge habe ich nicht. Eine IGS in Fredenbeck wäre nach aktuellem Stand aufgrund der Gefährdung anderer Schulstandorte nur schwer genehmigungsfähig. Wenn die Änderungen in der Schulstruktur für Fredenbeck eine Chance bedeuten und positiv aufgenommen werden, wird es im Ergebnis sicher schneller zu einer neuen Schulform kommen, als wenn sich jetzt alle Beteiligten zu sehr auf eine IGS festlegen.